

2. In den Verwaltungen ersetzt die Digitale Akte zunehmend den Aktenordner und die Datenbank die Karteikarte. Diese neuen Formen von Unterlagen müssen durch Archivare bewertet und digital gesichert werden. Mit welchen Schritten unterstützen Sie diesen technischen und organisatorischen Strukturwandel?

Bündnis90/Die Grünen:

Dieser Strukturwandel ist in vollem Gange und wird im Landesarchiv bereits intensiv bearbeitet. Wir wollen diese Prozesse fortsetzen und intensivieren. Die digitale Archivierung erscheint auf den ersten Blick einfacher als das Lagern von Papier. Sie birgt aber ihre eigenen Herausforderungen. Wir wollen durch die Stärkung des fachlichen Austauschs mit allen Ebenen zwischen Kreisen, Ländern und Bund und durch die Kooperation etwa über DigiCULT oder Arcinsys Synergien erzeugen, die es auch kleineren Archiven ermöglichen, die digitale Archivierung umzusetzen. Hier liegt auch das große Potential der Digitalisierung im Archivwesen: Die Nutzbarmachung der Archivalien unabhängig vom Original und von der räumlichen Zugänglichkeit. Dieses Potential für die Sichtbarmachung des kulturellen Erbes Schleswig-Holsteins wollen wir ausschöpfen.

CDU:

In dieser Legislatur wurde ein umfangreicher Digitaler Masterplan Kultur auf den Weg gebracht. Mit dem Fortschreiten der Digitalisierung sind auch auf das Archivwesen in den vergangenen Jahren zahlreiche Umbrüche und neue Aufgaben hinzugekommen, die die kommunalen Archive auch dank des persönlichen Einsatzes ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut meistern. Die digitale Archivierung ist zwar formell im Landesarchivgesetz nicht geregelt, sie ergibt sich aber aus den neuen digitalen Verwaltungsverfahren und letztlich indirekt auch aus der des Onlinezugangsgesetzes und Informationszugangsgesetzes Schleswig-Holstein. Das Landesarchiv bietet den Kommunen eine kostengünstige Möglichkeit an ("ArcinsysArchivinformationssystem"), diese Aufgabe leisten zu können. Auch die Kommunalen Landesverbände begrüßen das Angebot und bewerten es als sehr kostensparend.

FDP:

Die Digitalisierung wird vor allem bei den Archiven zu neuen Arbeitsprozessen und Anforderungen führen. Dies wird nicht allein über externe Dienstleister oder neues IT-Personal gelingen können. Wir setzen uns dafür ein, dass es umfassende Schulungen sowie Fort- und Weiterbildungen für die Mitarbeiter gibt. Nur so können die neuen Anforderungen durch die Digitalisierung in die bestehenden Aufgaben aufgenommen werden. Wir wollen die Fragen und Herausforderungen durch die Digitalisierung nicht „auslagern“, sondern die Mitarbeiter aktiv in den Prozess einbinden und so eine viel größere Bereitschaft herstellen, sich mit dem Thema der Digitalisierung auseinanderzusetzen. Gleichzeitig müssen wir für die technische Ausstattung sorgen. Hier brauchen wir eine Bestandsaufnahme, welche Hard- und Software vor Ort benötigt wird, damit die Mitarbeiter ihre Aufgaben erfüllen können.

SPD:

Die Digitalisierung, die 1992 noch gar nicht als konkrete Option vorhanden war, schafft für die Archive einen doppelten Vorteil: sie müssen nicht mehr zwingend gewaltige

Aktenberge aufbewahren, und der Zugriff auf Akten durch Berechtigte, seien es Mitarbeiter*innen der Kommunen oder Bürger*innen, ist sehr viel einfacher geworden. Gerade im kommunalen Bereich enthalten die Akten meist personenbezogene sensible Daten, die vor allen unberechtigten Angriffen geschützt werden müssen. Auch muss sichergestellt werden, dass Archivbestände durch eine technische Panne wie einen Serverausfall nicht dauerhaft vernichtet werden. Auch über diese Probleme und die damit verbundenen Ressourcen einschließlich fachlich qualifizierter und regelmäßig fortgebildeter Fachkräfte werden wir mit den Kommunalen Landesverbänden und den Fachleuten sprechen.

SSW:

Wir fordern in unserem Wahlprogramm die Novellierung des Landesarchivgesetzes und wollen dabei insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick haben. Hierbei geht es auch um die digitale Kommunikation zwischen Bürger*innen und staatlichen Ebenen und die Umsetzung des E-Governments. Unsere Archive brauchen digitale Infrastrukturen, der Speicherbedarf der Archive steigt. Um dem zu begegnen braucht es Hauptamtlichkeit und angemessene Stellen. In einer Kleinen Anfrage (19/2307) haben wir 2020 in Erfahrung gebracht, dass Milliardenkosten für eine wirkliche Digitalisierung des Archivwesens in Schleswig-Holstein vom Bildungsministerium in Aussicht gestellt werden. Anfangen sollte man aus unserer Sicht aber mit der Neubesetzung von Stellen. Diese könnten die vielen Überstunden auffangen, die oftmals in Archiven geleistet werden oder Museumsleitungen entlasten, die Archive quasi „nebenher“ führen.